

Schwarzwälder Bote

Der Enztäler

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG



Angucken ja, anfassen nein
Fast überall in Australien ist das Kuscheln mit Koalabären verboten.
→ AUS ALLER WELT



Spanischer Geniestreich
Teenager Lamine Yamal schreibt Fußball-Geschichte.
→ SPORT



Großes Gremium
Neuer Gemeinderat: Was sagen die Fraktionsvorsitzenden?
→ BAD HERRENALB

Ausgabe C3 | 190. Jahrgang | Nummer 158 | E 2677 A

Donnerstag, 11. Juli 2024 | Einzelpreis 2,50 Euro

Kontrollen an Grenzen tragen Früchte

Die FDP fordert, die Maßnahmen ein weiteres Jahr lang beizubehalten.

BERLIN. Seit Herbst 2023 gibt es stationäre Maßnahmen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz. Sie sollen bis kommenden Dezember gelten. Auch an der bayerischen Grenze zu Österreich wird schon länger kontrolliert, seit 2015 wird die Maßnahme dort immer wieder verlängert. Tatsächlich zeigt sich, dass die Zahl der Asylersuchen in Deutschland seit der Einführung der Kontrollen gesunken ist. *red*

→ SEITE 2

Ariane 6: Flug geglückt

KOUROU. Europäische Raumfahrtexperten bewerten den Jungfernflug der neuen Rakete Ariane 6 als Erfolg – auch wenn am Ende die erneute Zündung eines Triebwerks nicht wie ge-



Ariane 6 Foto: ESA/dpa/M. Pédoussaut

plant funktionierte. Mit ihr hat Europa nun wieder selbst die Möglichkeit, Satelliten, Sonden und andere Experimente ins Weltall zu bringen. *dpa*

→ AUS ALLER WELT

KREZWORTGITTER
Im Juli täglich 2 x 500 Euro gewinnen!
Mehr Infos im Innenteil

Service

Anzeigen:
Telefon 0800/780 780 1
Mo.–Fr. 7–17 Uhr, Sa. 7.30–12 Uhr
So. 13–17 Uhr
Abonnement:
Telefon 0800/780 780 2
Mo.–Fr. 7–17 Uhr, Sa. 7.30–12 Uhr
Redaktion:
Telefon 07423/78-0
E-Mail:
service@schwarzwaelder-bote.de
ePaper:
www.schwarzwaelder-bote.de/digital



Miese Noten für Grün-Schwarz

Der BaWü-Check zeigt: Die Bildungspolitik der Landesregierung schneidet bei den Bürgern schlecht ab. Begrüßt wird hingegen die Rückkehr zum G9.

Im BaWü-Check schneidet die Bildungspolitik im Südwesten nicht gut ab.

Foto: dpa/Julian Stratenschulte

■ Von Bärbel Krauß

STUTTGART. Jeder zweite Bürger Baden-Württembergs stellt der grün-schwarzen Bildungspolitik ein insgesamt eher kritisches Zeugnis aus. Das hat der jüngste BaWü-Check, den das Institut für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der Südwest-Zeitungsverlage erhoben hat, ergeben.

Demnach stellen insgesamt nur 28 Prozent der Befragten der Landesregierung für ihre Bildungspolitik ein gutes oder sehr gutes Zeugnis aus. Bei den Eltern schulpflichtiger Kinder, die direkten Einblick in die aktuelle Wirklichkeit in den Klas-

senzimmern haben, ist der Anteil deutlich höher (37 Prozent). In beiden Testgruppen zieht 51 Prozent der Befragten eine weniger oder gar nicht gute Bilanz.

Damit bekommen Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), Kultusministerin Theresa Schopper (Bild, Grüne) und die CDU als aktueller Koalitionspartner auch die Quittung für wachsende Probleme an Schulen. Lehrermangel, die zunehmende Gewalt und mangelnde Deutschkenntnisse vieler Kinder und Jugendlicher

machen den meisten Bürgern die größten Sorgen.

Die vor kurzem von Grün-Schwarz beschlossene Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium trifft auf Zustimmung (70 Prozent), ähnlich wie die Wiedereinführung einer verbindlicheren Grundschulempfehlung (62 Prozent).

Zwar schneiden die Schulen selbst in der Bewertung der Bevölkerung deutlich besser ab als die Politik. Aber aktuell finden nur noch 47 Prozent ihre Arbeit gut oder sehr gut. Vor zehn Jahren fiel das Urteil laut dem Allensbacher Insti-

tut bei 75 Prozent positiv aus. „Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Themas für die Zukunft des Landes und auch im Vergleich zum Urteil über andere Politikfelder ist das Zeugnis, das die Bevölkerung der Landesregierung hier ausstellt, jedoch keinesfalls das schlechteste“, schreiben die Meinungsforscher.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung nimmt die aktuelle Lage negativ wahr. Ihre Stimmung für die nächsten zwölf Monate ist von Skepsis (28 Prozent) oder von Befürchtungen (26) gekennzeichnet. 32 Prozent haben Hoffnungen.

→ LEITARTIKEL, DRITTE SEITE

Pflege im Heim noch teurer

Die Ampel wird zum Gegensteuern aufgefordert.

BERLIN. Die Eigenanteile für Menschen in Pflegeheimen sind gestiegen. Wie eine Auswertung des Verbandes der Ersatzkassen ergab, müssen Pflegebedürftige für das erste Aufenthaltjahr derzeit durchschnittlich 2871 Euro pro Monat selbst bezahlen. Das sind 211 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Sowohl der Verband als auch Patienten- und Verbrau-

cherschützer forderten die Ampel zum Gegensteuern auf.

Für das zweite Jahr stieg die monatliche Zuzahlung der Auswertung zufolge um 233 auf aktuell 2620 Euro. Im dritten Aufenthaltjahr müssen 2284 Euro selbst gezahlt werden – 169 Euro mehr als im Vorjahr, im vierten 1865 Euro und damit 91 Euro mehr. *AFP*

→ MEINUNG DES TAGES, SEITE 2

Ukraine bekommt F-16-Jets

Die Kampfflieger sollen schon bald einsatzbereit sein.

WASHINGTON. Noch in diesem Sommer sollen die von ausländischen Partnern versprochenen F-16-Kampffjets in der Ukraine zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Der Transfer der Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-

Gipfels in Washington an. Es geht um F-16-Jets aus amerikanischer Produktion, die von Dänemark und den Niederlanden bereitgestellt werden.

„Aus Sicherheitsgründen können wir zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Einzelheiten bekanntgeben“, hieß es in der Erklärung. Seit langem bittet Kiew um Kampffjets. *dpa*
→ HINTERGRUND

Meinung des Tages

Von Norbert Walleit



Ausgleich nötig

Die Finanznöte in der Pflege sind hausgemacht.

Die Kostenspirale in der Pflegeversicherung dreht sich immer weiter. Es ist ärgerlich, dass die Finanznöte einer solidarischen Sozialversicherung politisch herbeigeführt sind. Im Umkehrschluss heißt das, dass Abhilfe geschaffen werden könnte, wenn nur der politische Wille dazu bestünde. Wie in anderen Sozialversicherungen auch, verschiebt der Staat Kosten, die von der Allgemeinheit, also aus dem Steuertopf gezahlt werden müssten, auf die Pflegeversicherung. Dazu zählt die Übernahme der Rentenbeiträge pflegender Angehöriger durch die Pflegeversicherung. Ohne die Belastung hätte die Pflegeversicherung im vergangenen Jahr 3,6 Milliarden Euro mehr gehabt. Es kommt ein Strukturproblem hinzu. Eine wirkliche Solidarversicherung lebt davon, dass starke Schultern ihren fairen Beitrag leisten. Wenn aber „gute Risiken“ mit hohem Einkommen in die private Pflegeversicherung ausweichen können, gerät das System aus der Balance. Es muss ein Ausgleich geschaffen werden.

Wetter im Kreis

morgens	mittags	abends
18°C	23°C	24°C
10%	70%	60%

Börse

M-Dax	Dax	EuroStoxx
25613,88	18407,22	4958,86
Vortag 25252,18	Vortag 18236,19	Vortag 4903,62

Oberreichenbach

Grundschüler sind im Sportfieber

Bald steht wieder das bekannte Event des SV Oberkollbach, der „Wild & Run“ an. Neben dem Hauptlauf für die Erwachsenen über 14,5 Kilometer gehen auch Kinder an den Start. Am 17. Juli werden bei den Grundschulmeisterschaften der Klassen eins bis vier mehr als 120 Teilnehmer erwartet. Dafür organisierte der Verein ein spezielles Training für die Grundschüler aus zwei Kommunen. Mitglieder erklären, warum das so wichtig ist für die Jüngsten.

Kreis Calw

Bildhauersymposium: Kunst in Stein gemeißelt

Der eigentlich beschauliche Kurpark von Bad Liebenzell wird ab 17. Juli zum Ort von richtig harter Arbeit: Fünf Tage lang findet dort das dritte Bildhauersymposium des Landkreises statt. In dieser Zeit werden acht Künstler Skulpturen zum Thema „Einheit in Vielfalt“ schaffen. Wolf-Stefan Reiser ist einer der acht Bildhauer, die sich beteiligen. Der Steinmetz mit Betrieb an der Station Teinach ist von Anfang an dabei. Im Gespräch mit unserer Redaktion verrät er, was er vorhat.

Bad Liebenzell

Koch darf jetzt doch nicht in den Gemeinderat

Bei der Gemeinderatswahl am 9. Juni wurde Raphael Koch von der Liste „Zukunft Bad Liebenzell“ in den Gemeinderat gewählt. Doch er ist Betriebsleiter des Kurhauses. Er sei damit ein leitender Angestellter einer stadtteigenen Tochtergesellschaft. So sehen es Bürgermeister Roberto Chiari und die Mehrheit des Gemeinderates. Solchen untersagt die Gemeindeordnung, im Gemeinderat aktiv zu sein. Koch darf sein Mandat nicht annehmen. Für ihn rückt Daniel Mattmüller nach.